

# STREIK - ZEITUNG 3

Das Studienparlament beschloß:

Mittwoch (5.2.) *teach-in* 15 Uhr im Audi-max

Über weitere Widerstandsaktionen gegen die technokratische Hochschulreform.

ANSCHLIESSEND *Massendemonstration*

In die Innenstadt! Die Bürgerschaft berät zu dieser Zeit wahrscheinlich über die CDU-Anfrage zur Institutsbesetzung.

## ERFOLGSKRITERIEN FÜR UNSERE AUSEINANDERSETZUNG AN DER HOCHSCHULE

Die technokratische Hochschulreform ist nur eine Formierungstendenz des autoritären Staates. Entsprechend kann unser Kampf gegen die technokratische Hochschulreform nicht von der Illusion bestimmt sein, wir könnten in der Hochschule "befreite Gebiete" schaffen, in denen wir dann ungestört kritische Luxuswissenschaft betreiben könnten. Unser Ziel muß vielmehr sein, gegen einreglementiertes Studium unsere wissenschaftliche Arbeit so umzuorganisieren, daß sie allen politisch bewußten Studenten die Möglichkeit zu kontinuierlicher politischer Arbeit gibt. Entsprechend der Wirksamkeit dieser Arbeit werden wir dem zunehmenden Druck vonseiten der Bürokratien ausgesetzt sein. Wir können die Auseinandersetzung dann jedoch in qualitativ und quantitativ höher organisierter Form führen, indem wir dem Druck nicht als vereinzelte Individuen begegnen müssen, sondern als kollektiv arbeitende Gruppen oder, wo es möglich ist, die Neuorganisation eines Instituts durchzusetzen, als Institution ~~dieser Universität~~ dieser Universität. In diesen "Widerstandsräumen" müssen wir eine wirksame politische Arbeit aller bewußten Studenten organisieren, um nicht stets darauf angewiesen zu sein, die Studenten, die durch Leistungsdruck permanent zu rigider Studienarbeit gezwungen werden, stets neu kurzfristig für die Teilnahme an Aktionen zu mobilisieren.

Aufgrund materieller Abhängigkeiten kann die Mehrheit der Studenten diese Arbeit dadurch nicht langfristig leisten, daß sie sich diesem Studium verweigert. Den nötigen Freiraum müssen wir uns vielmehr durch Umorganisation unseres Studiums schaffen. Dazu gilt es zunächst bestimmte Forderungen durchzusetzen, die eine längerfristige Auseinandersetzung ermöglichen.

Die Arbeit in Kollektiven muß für die, die darauf angewiesen sind, mit Scheinen honoriert werden.

Die bisherigen Prüfungen, die uns zu sinnloser Wissensakkumulation zwangen und so kontinuierliche politische Tätigkeit verhinderten, müssen abgeschafft werden. An deren Stelle müssen Formen der Selbstkontrolle bzw. Kontrolle ohne Disziplinierungsfunktion treten. Darum muß über diese Kontrollen von einem Gremium entschieden werden, in dem die Studenten nicht majorisiert werden können.

Die finanzielle Sicherstellung von studentischen Projekten muß gewährleistet sein. Den Studenten ist eine effektive Kontrolle über alle ~~XXXX~~ Forschungsprojekte einzuräumen.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen müssen wir alle uns gegebenen Druckmittel konsequent einsetzen (Lahmlegung des Lehr- und Forschungsbetriebs, Organisation unserer eigenen Arbeit mit den entsprechenden Produktionsmitteln, Besetzungen, Verhinderung von Prüfungen etc.). In der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung an der Hochschule kann eine satzungsmäßige Neuorganisation von Instituten und Seminaren nur im Bezug auf einen Consensus aller daran Beteiligten verbindlich sein. Für uns muß garantiert sein, daß in einem solchen Consensus die eben genannten Intentionen zum Tragen kommen, daß im Konfliktfall, in dem die externen Bedingungen der Ordinarienuniversität wieder in Kraft sind, die Mobilisierung gegen die Ordinarien und die Hochschuladministration auf neuer Stufe möglich ist. (D.h. z.B., daß der Konflikt im Bezug auf studentische Projekte nicht bei der Zustimmungsverweigerung der Ordinarien in irgendwelchen Gremien manifest wird, sondern die Ordinarien gegen die autonom arbeitenden Kollektive vorgehen müssen). In der gegenwärtigen Situation, die durch Schutzhaftentwürfe, den verstärkten Druck der politischen Justiz, die Relegation von Berliner Kommilitonen gekennzeichnet ist, kann uns nicht mehr daran gelegen sein, mit liberalen Ordinarien unverbindlich über Hochschulreform zu diskutieren: DAZU ist es zu spät!

Wir müssen sie permanent zur politischen Entscheidung zwingen: Entweder sie nehmen mit uns den Kampf gegen die technokratische Hochschulreform und die Faschisierungstendenzen des NS-Staates auf und dann müssen sie auch den Erfordernissen der Organisation des studentischen Widerstandes Rechnung tragen - oder sie entscheiden sich für technokratische Hochschulreform, vor der sie noch einen Rest ihrer Privilegien und Inseln, freilich ohnmächtiger kritischer Reflexion glauben retten zu können. Alle diese Formen unserer Selbstorganisation, bzw. Umorganisation unserer Studienarbeit sind in der Lage, politische und organisatorische Tatsachen zu schaffen, die durch das Inkrafttreten von Hochschulgesetzen etc. nur gegen den massiven Widerstand der Masse der Studenten beseitigt werden können.

Unsere politische Arbeit in den verschiedenen Fächern muß nach der spezifischen Funktion der jeweiligen Wissenschaft im spät-kapitalistischen verwertungszusammenhang bestimmt werden. Für kritische Luxuswissenschaft würde das bedeuten, dass sich die Studenten als aktives Potential für die Verbreiterung des Widerstandes über die gesamte Hochschule verstehen.

Dazu müssen die organisatorischen und institutionellen Bedingungen für interfakultative Arbeitskreise geschaffen werden.

Jeweils fachspezifisch müssen die Bedingungen für den Widerstand in der jeweiligen Berufspraxis untersucht werden und zusammen mit den bereits berufstätigen Aufklärungs- und Widerstandsaktionen organisiert werden.

Die langfristige Planung und wissenschaftliche Auswertung von Aktionen zusammen mit bereits mobilisierten Schülern und Jungarbeitern sowie die Erarbeitung von möglichen Organisationsformen muß in Angriff genommen werden.

**DIEBSTAHL IST KONTERREVOLUTIONÄR!!!!**

*Sämtliche Produktionsmittel (Möbiliar, Maschinen, Bücher usw. auch der Professoren) werden im besetzten Psychologischen Institut als vergesellschaftet betrachtet. Diebstähle, d.h. Repräsentierungen müssen als konterrevolutionäre Handlungsweise schärfstens verurteilt werden!*

**HAUT DEN KONTERREVOLUTIONÄREN AUF DIE PFOTEN, WO IHR SIE TREFFT!!!**

### Streikberichte vom Freitag

#### Math.-Nat. Fak

1. Die Fachschaft Biologie diskutierte in einer Vollversammlung den Hochschulgesetzentwurf des Senats und sandte einen Delegierten mit einer Protestresolution zum Schulsenator Drexelius. Anwesend waren etwa 30 % der eingeschriebenen Mitglieder.

2. Im chemischen Staatsinstitut dauerte der Streik an. Die Vorlesungen fielen aus, in den Labors wurde zum Teil gestreikt. Eine Basisgruppe Chemie (30 Studenten und Assistenten) diskutierte ein Arbeitsprogramm für das kommende Semester mit folgenden Punkten:

HAUSHALT DES INSTITUTS  
ERFAHRUNGEN MIT MENTORENGRUPPEN  
DIE BEDEUTUNG DER CHEMISCHEN INDUSTRIE FÜR DIE GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER BRD.

3. Die Mathematiker sprengten mehrer Vorlesungen und funktionierten sie bei großer Beteiligung um zu Diskussionen über Hochschulgesetzentwurf und dessen Stellenwert in der gesellschaftlichen Entwicklung.

Am Abend wollten drei Gruppen über Themen diskutieren:

- a. Staatsexamensprüfungsordnung
- b. Übernahme einer Mathematikvorlesung durch die Studenten im SS
- c. Numerus clausus, Zwischenprüfungen, Prüfungsverfahren

4. In der Geologie wurde vereinzelt diskutiert.

PRÜFUNGEN ALS REPRESSION

Prüfungen bestimmen an unseren Hochschulen weitgehend die Studiengänge. Nicht nur in den letzten Semestern vor dem Schlußexamen orientiert sich der Student an den Anforderungen, die ihm durch die Prüfungsordnungen vorge-  
 setzt werden, sondern in immer stärkerem Maß auch in den Wochen und Monaten vor Zwischen- und Honnefprüfungen. Man kann davon ausgehen, daß die Studenten ihr Studium auf einen erfolgreichen Examensabschluß hin konzipieren. Damit wird den Personen und Institutionen, die die Prüfungspläne ausarbeiten, ein Instrument in die Hand gegeben, das ihnen erlaubt, ihre Vorstellungen von "Studienerfolg" verwirklicht zu sehen. Wenn wir die Personengruppen aufzählen, die hier angesprochen sind, fällt auf, daß es sich ausschließlich um jene handelt, die kein Interesse an einer Umstrukturierung der Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft haben. (Ministerien, Professorenschaft, Berufs- und Standesgruppen, Industrie und Militär) Industrie und Militär üben nicht nur indirekt über Vergabe von Forschungsaufgaben, sondern haben vielfach selbst Vertreter in den Entscheidungsgremien.

Unsere Prüfungsordnungen weisen einen nicht zu bewältigenden Stoffkatalog auf, der ein rezeptives Lernen über lange Zeiträume hinaus erfordert. Dadurch wird die Reflexion über die vorgegebenen Studienziele und den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang verhindert. Das Bewußtsein von diesen Zusammenhängen ist Voraussetzung für ein Studium, das die Stimulierung des Arbeitseifers durch drohende Prüfungen nicht mehr nötig hat.

Bericht der ersten Sitzungen des Arbeitskreises "Prüfungen als  
 Repression"

Am Freitag haben sich ungefähr acht Kommilitonen an der ersten Sitzung des Arbeitskreises beteiligt, die alle bereit waren, auch weiterhin, d.h. über dieses Semester hinaus, mitzuarbeiten. Ziel des AK ist es, Prüfungen - sowohl mündliche, als auch schriftliche - in ihren Funktionen innerhalb des Studiums und in Bezug auf die Gesellschaft zu untersuchen. Die Ergebnisse des AKs werden dann an die von dem Prüfungssystem betroffenen vermittelt werden müssen, um mit diesen gemeinsam auf die Veränderung des Systems b.z.w. die Abschaffung der Prüfungen - je nach den Ergebnissen der zu leistenden Analyse hinzuwirken.

Auf der ersten Sitzung wurden Problembereiche, die unter dieses Thema fallen, andiskutiert. Aus dieser Diskussion ergaben sich folgende Fragestellungen, die systematisch untersucht werden müssen.

1. Legitimation der Prüfungen und der damit verbundenen Repression
  - a. welche Ansprüche stellen sie an den Prüfling? (Reproduktion von vorgegebenem Wissen, oder Nachweis von Kreativität?)

- b. werden diese Ansprüche erfüllt?
- c. wie sind diese Ansprüche legitimiert?
- 2. Erscheinungsformen und Verbreitung von Prüfungsangst
- 3. der Begriff "Leistung"
- 4. das Konkurrenzprinzip
  - a. in der bestehenden Gesellschaft
  - b. in der Universität
- 5. Möglichkeiten der psychischen Bewältigung durch die im Berufsleben Stehenden und durch die Studenten (der Konkurrenz und der durch den Arbeitsprozeß bedingten Repressionen)

Auf der nächsten Sitzung am Dienstag, dem 4. 2. um 14 Uhr im Wilhelm-Reich-Institut werden die Teilnehmer versuchen, Unbehagen an dem bestehenden Prüfungssystem zu artikulieren. Dabei besteht allerdings die Gefahr darin, daß die Diskussion beim Berichten phänomenal scheinbar repressionsfreier Prüfungen auf eine relativistische Ebene gerät. Unser Ziel besteht aber nicht darin, die subjektiv als "gut" erfahrenen Prüfer aufzuzählen und zu vermehren, sondern in einer prinzipiellen Untersuchung des bestehenden Prüfungssystems, d.h. in einer umfassenden Fragestellung.

#### DEMOKRATISIERUNG DES PÄDAGOGISCHEN INSTITUTS

#### ODER WIE MAN DAS NEUE HOCHSCHULGESETZ ZUR TOTEN KATZE MACHT

Das Hochschulgesetz wird in den nächsten Monaten durch die Bürgerschaft gehen. Unsere Forderungen nach Mitentscheidung über die Inhalte von Lehre und Forschung werden darin nicht erfüllt. Wir werden gezwungen, demokratische Praxis unabhängig vom, bzw. gegen das Hochschulgesetz zu entwickeln. Bei einem kleinen Teil der Lehrenden werden sich die Demokratisierungsforderungen für die Seminarinterne Praxis - soweit sie nicht schon erfüllt sind - leicht durchsetzen lassen. Bei dem größeren Teil wird es erheblichen Druckes bedürfen. Um das zu leisten, können wir uns nicht weiter isoliert voneinander als Einzelkämpfer aufreiben. Wir müssen unsere ersten Angriffe auf einige Beispiele unkritischer "Wissenschaft" konzentrieren, um unsere Kräfte ökonomisch einzusetzen.

Außerdem müssen wir unsere Arbeit kollektivieren, da wir nur so den Wissensvorsprung, den einige Dozenten haben, (aber nur als Legitimation ihrer Autorität benutzen) um ungestört Ideologien zu verbreiten, aufheben zu können.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Organisation von Basis- und Projektgruppen. Einige inhaltliche Schwerpunkte bieten sich wegen ihrer offensichtlichen politischen Relevanz an: politische Erziehung, Autorität und Erziehung. Aber auch die Vorstellungen zur Arbeitslehre, oder selbst die Deutschdidaktik auf ihren ideologischen Gehalt zu untersuchen, wäre dringend notwendig.

Diese Basisgruppen sollen keine Neuaufgabe der esoterischen KU sein, sondern sie sollen auf den offiziellen Lehrbetrieb einwirken, ihn verändern, und

BEITRAG ZUR PHILOSOPHIE DER INSTITUTSBEFREIUNGEN

Auf der Bühne der Geschichte erscheinen die verschiedenen Formen mit Masken. Und nicht nur einmal. Ein letztes Mal treten die alten Formen auf, um eine Farce zu spielen, damit sich die Geschichte mit Heiterkeit von dem verabschiedet, was sie schon überwunden hat. Was Karl Marx schrieb ("Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon") haben wir heute unter uns: Die Geschichte feiert in dem nichtbesetzten Philosophischen Seminar ihre Maskerade, die mit seiner Umbenennung in INTERDISZIPLINÄRES SEMINAR treffend betitelt ist. Die niemals eingelöste Herrschaftsillusion der bürgerlichen beamteten Philosophie zeigt die hintergründige Ironie ihres falschen Bewußtseins, indem sie als "Geburt (der) Königin aus dem Pöbel der gemeinen Erfahrung" (Kant: KdrV A IX) ihren Totentanz ausgibt.

Die bürgerliche Wissenschaft feiert diesen letzten Auftritt mit der Maske der Revolution. Das befreite Institut gibt sich mit roten Buchstaben auf den Fenstern zu erkennen; das sich gleichbleibende Philosophie Seminar ahmt dies mit weißen Buchstaben nach.

Die maßgebenden Faktoren einer 'Revolutionierung' dieses Phil. Seminars sind nicht schwer zu analysieren.: Die Philosophie wird bei uns studiert von vielen flüchtigen Nebenfächlern - de facto Randfiguren - und von wenigen - zu 2/3 Eingebürgerten - Doktoranden, die "in der Regel" schon einen Examensabschluß hinter sich haben und engen Kontakt mit ihrem Professor halten. Unter diesen muß es starke Ansätze zur Überanpassung geben. Nicht das allein: die spezifische Desorientierungsfunktion der Philosophie innerhalb der Bewußtseinsindustrie konkretisiert sich als besondere Desorientierung der Philosophie Treibenden, die fachidiotisch verdeckt und überkompensiert wird durch abstrakte Fixierung auf einen unrealisierbaren Anspruch auf absolute Wahrheit und Wissenschaftlichkeit. Diese ideologische Desorientierung verkoppelt sich als Unbehagen mit einer realen Verunsicherung durch die Technokratisierung: Die Fachwissenschaften übernehmen diese Desorientierungsfunktion und die Philosophie verliert ihren Platz in der Bewußtseinsindustrie; d.h. gemeinsame Gefahr für Professoren und Studenten.

Unter diesen Umständen hat ein formeller Vorstoß unter dem Stern des aufgeklärten Absolutismus stattgefunden. Die Ordinarien gaben grünes Licht für Vorlesungsrezensionen und Bildung eines Institutsrates. Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Die Vorlesungsrezensionen wurden zu Lobpreisungen für die Dozenten umfunktioniert, die in ihrer Frömmigkeit direkt hinter Lourdes und Fatima zu rangieren sind. Der Institutsrat - anstandshalber in Institutsausschuß umbenannt - funktioniert unter Ausschaltung der Öffentlichkeit als Dienstleistungslieferant der Fakultät, so z.B. in Sachen Berufung.

Als die Unhaltbarkeit dieses desolaten Zustandes offenkundig wurde, trat die "Kehre" ein (Heidegger). Denn "dort, wo die Gefahr droht, da wächst das Rettende auch" (Hölderlin). Eine Rezeption der revolutionären Übernahme des Psychologischen Instituts findet statt, und zwar als Vehikel für die Verlängerung der Überanpassung mit anderen Mitteln.

Eine Gruppe von "Denkern aus der Wurzel" sammelt sich um einen harten Kern von "Müchte-gerne-Assistent-werden-und-weiß-nicht-Wie". Zusammen bemühen sie sich um die Begründung des Begründungsanspruchs der Philosophie gegenüber den pöbelhaften Fachwissenschaftlern. Daß sie ihre Funktion in dem Befreiungskampf und in der befreiten Gesellschaft als theoretische Aufklärung der dialektischen Zusammenhänge zwischen Bedürfnissen, Bewußtsein, Gesellschaft und Arbeit verkennen, bleibt dieses kleinbürgerliche Bemühen erfolglos. Aus der Identifikation von Arbeit und entfremdeter Arbeit entnimmt dann der harte Kern von der Qual um die Bemühung zur Begründung der Begründung die Legitimation für die Entfesselung einer individualistischen Aktion: Flugblätter, Plakate und Inschriften mit wilder verbaler und graphischer Nachäffung.

Diese unverkennbare Phänotypie beweist, neben einer realistischen Einschätzung unserer revolutionären Macht ihre kleinbürgerliche Fehleinschätzung als Element einer "pluralistischen" Gesellschaft, verwendbar als Katalysator opportunistischer Interessen.

Studenten, kommt, aber nur so nebenbei zum THOMAS-VON-AQUIN-INSTITUT, um den Abschied von dem vormarxistischen hierarchischen Gebräu zu feiern!

Verantwortlich: Martin Heidegger

#### Beschlüsse der Streikversammlung im Psychologischen Institut

- 1.) Die Besetzung des Psychologischen Instituts wird aufrecht erhalten.
- 2.) Dozenten bleiben zur Kooperation aufgefordert, die Räume und materielle Mittel werden den Dozenten von den Studenten zur Verfügung gestellt.
- 3.) Dozenten, die die Selbstorganisation des Studiums sabotieren bzw. die Forderungen der Studenten innerhalb einer bestimmten Frist nicht erfüllen, werden ausgesperrt.
- 4.) Hiermit werden alle Professoren und Assistenten des Psychologischen Instituts aufgefordert, sich ab Montag d. 3.2.69 in Gesprächen und Verhandlungen den Studenten und ihrer Vertretung zu stellen.
- 5.) Die für Freitag d. 7.2.69 einberufene ordentliche Vollversammlung der Psychologiestudenten beschliesst weitere Maßnahmen.
- 6.) Klausuren werden bis zur Neuorganisation des Studiums ausgesetzt. Für die laufenden Veranstaltungen des WS 1968/69 werden generell Scheine ausgestellt.

DIE EREIGNISSE VON FREITAG, DEM 31. JANUAR 1969

Am Freitagabend um 20.15 Uhr fand im Audi-Max unter dem Thema "Für Demokratie und Mitbestimmung - gegen Neofaschismus und Vorbeugehaft" eine Veranstaltung der Kampagne für Demokratie und Abrüstung statt, die den internationalistischen Zusammenhang der sozialistischen Opposition in der BRD erneut herstellen sollte. Fast alle Redner (u.a. Beate Klarsfeld, Erich Fried, Horst Mahler) machten deutlich, daß unser Widerstand gegen den autoritären Staat sich in direkter Solidarität mit dem Kampf der Genossen gegen den Faschisierungsprozeß in den europäischen Randgebieten (Spanien, Portugal, Griechenland) versteht.

Der Genosse Roth - seit 9 Monaten von der Polizei zwecks (rechtswidriger) Vorbeugeinhaftierung gesucht - kam in den Saal. Volker Malin, AStA-Vorsitzender, sprach es aus: "Wir lassen uns von den Herrschenden (Vorbeugecliquen) nicht diktieren, wann einer von uns auf- oder untertaucht, genauso wenig wie wir es zulassen, daß der Berliner Senat (in Verbindung mit dem Terrorregime in Persien) uns vorschreibt, wann der Genosse Bahman Nirumand ausgewiesen wird und wann er wieder einreisen darf. Genosse Roth praktiziert Widerstand gegen die Vorbeugehaft, indem er sich ihr entzieht."

Der Demonstrationzug, der nach der Veranstaltung in die Innenstadt zog, zeigte, daß Widerstand sich praktisch und nicht deklamatorisch definiert und beeinträchtigte die Kollaboration des internationalen Kapitals (deutlich geworden am Beispiel Nirumand), indem die Scheiben des Amerikahauses, des portugiesischen Informationsbüros, des PAN-AM-Büros und anderer Zentren der kapitalistischen Ausbeuter klirrten. Die Schnelligkeit der Demonstranten ließ die Polizei leerlaufen. Der Sender des befreiten Wilhelm-Reich-Instituts übertrag später die Nachricht in die Stadt.

WIDERSTAND ist eine Antwort auf die Verschärfung der gewaltsamen Unterdrückung durch die Herrschenden, wie sie sich tagtäglich im Justizterror, in der politischen Reglementierung und der Disziplinierung von Arbeitern und Studenten an ihren Arbeitsplätzen in Fabriken und Hochschulen zeigt.

Die Besetzung des Psychologischen Instituts wird aufrecht erhalten, um die ansatzweise begonnene Selbstorganisation des Lehrbetriebes fortzusetzen, d. h., die Studenten nehmen weiterhin das in Besitz, was ihnen schon lange gehört, was ihnen aber von den Ordinarien und der Administration ständig verweigert wird; das sind Forschungs-Verwaltungs- und Lernräume.

Professoren, Dekan und Universitätsbürokratie stehen verunsichert und ratlos vor dieser Situation, da sich ihnen kein Anlaß zum Einschreiten bietet. Die Hochschulbehörde hat das Institut für geöffnet erklärt. Die Studenten randalieren nicht, sie benutzen nicht die Gelegenheit, um auf Professorenschreibtische zu kacken, sie organisieren tatsächlich eigene wissenschaftliche Arbeit.

Es geht bei der Fortführung der Besetzung darum, die erkämpfte Machtposition institutionell abzusichern. Die wesentlichen Forderungen dazu sind: Anerkennung der studentischen Seminare, Bewilligung von Geldern, um Forschung zu ermöglichen, Abschaffung von Prüfungen und Scheinen, um den gewonnenen Freiraum abzusichern. In der Geschichte der Studentenrevolte hat sich gezeigt, daß immer, wenn die Studenten aus einer schwachen Position heraus verhandelten, die Professoren es sich leisten konnten, sie durch reformistische Teilzugeständnisse abzuspiesen; indem sie partielle Mißstände zugaben, verschleierten sie das Gesamtübel.

Wir haben zum ersten Mal den Zustand geschaffen, daß Studenten und Professoren sich auf gleicher Verhandlungsebene gegenüberstehen. Indem wir die Besetzung fortsetzen, haben wir die Möglichkeit, aus der gegebenen Situation heraus institutionelle Veränderungen vorzunehmen, Fakten zu schaffen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Wir begeben uns dieser Möglichkeit, indem wir die Besetzung aufgeben, indem wir freiwillig die Professoren wieder in ihre Herrschaft einsetzen, uns wiederum von ihrer Gnade abhängig machen. Eine Unterbrechung des Streiks und der Besetzung des Instituts bedeutet einen momentanen Verzicht auf die als notwendig erkannten Grundforderungen und verschiebt die Lösung des Konflikts nur bis zur nächsten Besetzung.

Wir sehen die Besetzung des psychologischen Instituts im Zusammenhang mit der gesamten Studentenrevolte in der BRD. Das Faktum, daß in der Großstadt Hamburg die Studenten den aktiven Widerstand organisieren, ist ein wesentlicher Beitrag zur Verunsicherung der Herrschenden und zur Konsolidierung der gesamten Bewegung. Um diese allerdings aktiv mitzugestalten und effektiv weiterzuführen, ist es notwendig, daß wir uns die Erfahrungen anderer Städte zu eigen machen und die Möglichkeiten, die durch solche Aktionen geöffnet worden sind, optimal ausschöpfen. Die Entwicklung in Marburg hat gezeigt, daß die Ordinarien unter massivem Druck (Institutsbesetzung) die Einsicht in die höhere Effektivität kollektiv betriebener Wissenschaft ~~herausgefunden~~ gewonnen haben.

"Solche mit Privilegien verbundenen Einsichten stellen sich allerdings nicht von selbst her; sie wollen erkämpft sein" (Mitscherlich)

# BEKANNT- MACHUNG

ERGEBNIS EINER DEMOKRATIEDISKUSSION MIT PR. TAUSCH VOM 31.1.1969

Studenten und Pr. Tausch sind übereingekommen, im SS 1969 ein Seminar über " Die psychologische und soziologische Situation der Studenten " im Rahmen des üblichen Lehrbetriebes des psychologischen Institutes durchzuführen.

Die Zielsetzung, Methodik und Verwendung gewonnener Erkenntnisse wird von allen Teilnehmern bestimmt.

Kommt es zu empirisch prüfbareren Fragestellungen, so ist Pr. Tausch bereit, Mittel zur Durchführung der Untersuchung bei der VW - Stiftung zu beantragen.

Eine Vorbesprechung findet in der nächsten Woche statt.

---

Verantwortlich: Pr. Tausch / Juan Gutierrez